

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 18.08.2018

Von Peter Schaber

20.08.2018

## Riskantes Spiel

*USA versuchen durch Wirtschaftskrieg, NATO-Partner Türkei auf Linie zu bringen.*

*Das aber könnte scheitern*



*Folgsame Staatsbürger: Türkische Geschäftsleute wollen ihre US-Dollar in einheimische Lira tauschen (Ankara, 14.8.2018)*

Foto: Umit Bektas/REUTERS

Ein Dönerladen im nordwesttürkischen Bursa wirbt mit einem Geschenk. Wer 100 US-Dollar in Lira umtauscht, den Beleg vorzeigt, bekommt ein Sandwich gratis. Der regierungsnahe islamische Akademiker Ebubekir Sifil ruft dazu auf, Fremdwährung in die

türkische Landeswährung zu konvertieren – das sei eine religiöse Pflicht für jeden Muslim. Und bei Twitter laden Nationalisten Videos hoch, auf denen sie Dollarnoten zerknüllen, bespucken und verbrennen.

Die politische Aufladung der Wirtschaftskrise in der Türkei hatte mit dem rasanten Fall der Türkischen Lira im Verlauf der vergangenen Woche einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Währungskrise wurde begleitet von verbalen Rundumschlägen Ankaras gegen ihren NATO-Partner in Washington. Autokrat Recep Tayyip Erdogan rief zum Boykott US-amerikanischer Waren auf, regimetreue Zeitungen sprechen vom »Wirtschaftskrieg«, der rechte *Daily Sabah*-Kolumnist Ilnur Cevik spricht von einem »klaren Akt der Sabotage durch den amerikanischen Präsidenten«.

### **Tiefe Krise**

Tatsächlich ist Ankaras Anfälligkeit für ökonomische Krisen zwar zum einen hausgemachte Folge des eigenen neoliberalen Geschäftsmodells und der AKP-Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig hat die türkische Führung nicht unrecht, was die USA betrifft. Seit Jahren sind die türkisch-US-amerikanischen Beziehungen von tiefen Widersprüchen geprägt. Die kürzlich erklärten Sanktionen in Form einer Verdoppelung bereits bestehender Strafzölle auf Stahl und Aluminium, die den Absturz der Lira beschleunigten, werden offiziell als Reaktion auf die Inhaftierung des US-amerikanischen Pastors Andrew Brunson verkauft. Letzterer wird von Ankara wegen des angeblichen Kontakts zu »Terroristen« in Geiselhaft gehalten.

Hinter den Kulissen aber geht es um mehr. Washington missfallen die außenpolitischen Ambitionen der türkischen Machthaber, die ihre Einflussphären nicht nur auf Gebiete im Irak und Syrien ausdehnen, sondern sich als eigenständige Regionalmacht profilieren wollen. Die Liste der wechselseitigen Provokationen ist lang: Die USA galten als Förderer eben jenes Netzwerks rund um den im US-Exil lebenden Imam Fethullah Gülen, das Ankara für den gescheiterten Staatsstreich im Juli 2016 verantwortlich macht. Erdogan wiederum kokettiert seit längerem mit Russland, will von Moskau »S400«-Luftabwehrsysteme kaufen. Die Astana-Gespräche zwischen der Türkei, Russland und dem Iran zur Aushandlung von Einflussphären in Syrien dürften den USA ebenso ein Dorn im Auge sein. Denn in Washington hätte man den NATO-Partner lieber an der eigenen Seite im seit langem geplanten Feldzug gegen den Iran.

### **Neue Allianzen?**

Der derzeitige Kurs der US-Regierung dürfte den Versuch darstellen, den »Partner« mit Gewalt auf Linie zu bringen. Dieses Unternehmen hat Aussicht auf Erfolg, da Washington

über zahlreiche Druckmittel verfügt. Die türkische Armee ist abhängig von westlichen Rüstungsgütern, in einem Wirtschaftskrieg wäre Ankara klar unterlegen. Dazu kommt, dass der Bürgerkrieg gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) der AKP-Regierung ohnehin schwer zu schaffen macht. Auch auf die türkische Besatzung in Syrien könnten sich die Verwerfungen auswirken: Die dschihadistischen Söldner in dem Gebiet um Afrin und Dscharabulus werden in Lira bezahlt.

Das Spiel mit dem Feuer könnte aber auch aus US-Sicht ungewollte Folgen haben. Bereits vergangenen Samstag sagte Erdogan während einer Rede vor Anhängern: »Bevor es zu spät ist, muss Washington die fehlgeleitete Ansicht aufgeben, dass unsere Beziehung asymmetrisch sein kann, und verstehen, dass die Türkei Alternativen hat.« Gemeint ist damit vor allem Russland. Dieses stellte sich zumindest verbal rasch auf die Seite Ankaras. Am Dienstag erklärte Außenminister Sergej Lawrow im Zuge eines Treffens mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu, die Sanktionen seien rechtswidrig, und forderte: »Diese Politik darf nicht fortgesetzt werden.« Gleichwohl könnte auch der russisch-türkische Flirt schon bald auf eine harte Probe gestellt werden. Moskau unterstützt den Vormarsch syrischer Regierungstruppen auf Idlib, die Türkei ist eng mit den dort verschanzten islamistischen Terrorgruppen verbunden.